

Niederschrift

über die 3. öffentliche Sitzung

des Ausschusses für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr

am Mittwoch, 8. Juni 2016, 17:00 Uhr

im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

29. Juni 2016

1 von 17

Anwesende:

Mitglieder

Dominique Kalb, Vorsitzender, CDU

Petra Ullrich, 1. stellvertretende Vorsitzende, SPD

Eva Koch, 2. stellvertretende Vorsitzende, B90/Grüne

Judith-Annette Boczkowski, Mitglied, SPD

Patrick Hartmann, Mitglied, SPD

Volker Zeidler, Mitglied, SPD

Jörg Hildebrandt, Mitglied, CDU

Wolfram Kieselbach, Mitglied, CDU

Steffen Müller, Mitglied, B90/Grüne

Sven René Dreyer, Mitglied, AfD

Violetta Bock, Mitglied, Kasseler Linke

Matthias Nölke, Mitglied, FDP

Dr. Bernd Hoppe, Mitglied, Freie Wähler

Teilnehmer mit beratender Stimme

Heinz Gunter Drubel, Vertreter des Seniorenbeirates

Helmut Ernst, Vertreter des Behindertenbeirates

Magistrat

Christof Nolda, Stadtbaurat, B90/Grüne

Schriftführung

Andrea Herschelmann, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Dr. Georg Förster, Straßenverkehrs- und Tiefbauamt

Harald Jordan, KASSELWASSER

Kathy Käferstein, Ordnungsamt

Helga Weber, Ordnungsamt

Alexander Siebert, Umwelt- und Gartenamt

Volker Lange, Umwelt- und Gartenamt

Volker Mohr, Amt für Stadtplanung, Bauaufsicht und Denkmalschutz

Tagesordnung:

1. Überprüfung der Parkgebührenordnung	101.18.41
2. Überarbeitung der Parkgebührenordnung	101.18.51
3. Lärmschutzwall A44 bei Nordshausen	101.18.52
4. Wohnbauland	101.18.53
5. Entwicklungsplan Wohnen	101.18.80
6. Verkehrsfluss besser gestalten	101.18.97
7. Bericht zum Mobilitätsmanagement	101.18.98
8. Planung Wilhelmshöher Allee – Stellplätze	101.18.102
9. Planung Wilhelmshöher Allee – Engstelle Rathenauplatz	101.18.103
10. Unterneustadt – Hinweisschilder Waldauer Wiesen	101.18.104
11. Unterneustadt – Zufahrt Lidl	101.18.105
12. Fahrradsystem Konrad	101.18.106
13. Sitzbänke am Opernplatz	101.18.107
14. Planung Wilhelmshöher Allee – Stellplätze Rathenauplatz	101.18.109
15. Steuerung der Lichtsignalanlage Loßbergstraße	101.18.110

Vorsitzender Kalb eröffnet die mit der Einladung vom 1. Juni 2016 ordnungsgemäß einberufene 3. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Stadtverordneter Zeidler, SPD-Fraktion, beantragt die Tagesordnungspunkte 8, 9 und 14 betr. Umbau Wilhelmshöher Allee gemeinsam zur Beratung aufzurufen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.
Vorsitzender Kalb gibt bekannt, dass ebenfalls die Tagesordnungspunkte 1 und 2 betr. Parkgebührenordnung gemeinsam zur Beratung aufgerufen werden.
Die Abstimmung der Tagesordnungspunkte erfolgt getrennt.

Die geänderte Tagesordnung wird von Vorsitzendem Kalb festgestellt.

Während der Behandlung der Tagesordnungspunkte 1 und 2 übernimmt 1. stellvertretende Vorsitzende Ulrich die Sitzungsleitung. Sie ruft die Tagesordnungspunkte 1 und 2 gemeinsam zur Beratung auf.

- 1. Überprüfung der Parkgebührenordnung**
Antrag der SPD-Fraktion
- 101.18.41 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, über die Auswirkungen der neuen Parkgebührenordnung zu berichten und die Möglichkeiten für eine moderate Senkung der Parkgebühren, der Einführung einer Brötchentaste und eines Handwerkerparkausweises zu überprüfen. Insbesondere wird darum gebeten, die Auswirkung einer Anpassung des gebührenpflichtigen Zeitraums zu überprüfen.

Im Rahmen der Diskussion machen Stadtverordnete Koch, Fraktion B90/Grüne, Stadtverordneter Nölke, FDP-Fraktion und Stadtverordneter Kieselbach, CDU-Fraktion, Änderungsvorschläge, die von Stadtverordneten Hartmann, SPD-Fraktion, übernommen werden.

➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, über die Auswirkungen der neuen Parkgebührenordnung zu berichten und die Möglichkeiten für eine moderate **Anpassung** der Parkgebühren, der Einführung **eines gebührenfreien Kurzzeitparkens** und eines **unbürokratischen** Handwerkerparkausweises zu überprüfen. Insbesondere wird darum gebeten, die Auswirkung einer Anpassung des gebührenpflichtigen Zeitraums zu überprüfen **und in der ersten Sitzung nach der Sommerpause zu berichten.**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, FDP

Ablehnung: CDU (1), Kasseler Linke, AfD, Freie Wähler + Piraten

Enthaltung: CDU (2)

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten Antrag der SPD-Fraktion betr. Überprüfung der Parkgebührenordnung, 101.18.41, wird **zugestimmt.**

Stadtverordnete Bock, Fraktion Kasseler Linke, bringt für ihre Fraktion einen Änderungsantrag ein. Stadtverordneter Dr. Hoppe, Fraktion Freie Wähler + Piraten, beantragt satzweise Abstimmung.

➤ **Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, über die Auswirkungen der neuen Parkgebührenordnung, **u.a. auf die Entwicklung der Fahrgastzahlen im ÖPNV und die Auslastung der Parkplätze (getrennt nach Parkhäusern, bewirtschafteten und unbewirtschafteten Parkplätzen)** zu berichten und die Möglichkeiten für eine moderate Anpassung der Parkgebühren und **Ticketpreise des Nahverkehrs**, der Einführung eines gebührenfreien Kurzzeitparkens und eines unbürokratischen Handwerkerparkausweises zu überprüfen.

Insbesondere wird darum gebeten, die Auswirkung einer Anpassung des gebührenpflichtigen Zeitraums **und der Vergrößerung der Parkgebühreazonen** zu überprüfen und in der ersten Sitzung nach der Sommerpause zu berichten.

Der Antrag wird satzweise zur Abstimmung gestellt

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke, Freie Wähler + Piraten

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, AfD, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Satz 1 des Änderungsantrages der Fraktion Kasseler Linke zum geänderten Antrag der SPD-Fraktion betr. Überprüfung der Parkgebührenordnung, 101.18.41, wird **abgelehnt**.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, AfD, FDP, Freie Wähler + Piraten

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Satz 2 des Änderungsantrages der Fraktion Kasseler Linke zum geänderten Antrag der SPD-Fraktion betr. Überprüfung der Parkgebührenordnung, 101.18.41, wird **abgelehnt**.

Stadtverordneter Dr. Hoppe, Fraktion Freie Wähler + Piraten, bringt für seine Fraktion einen Änderungsantrag zum geänderten Antrag der SPD-Fraktion ein.

➤ **Änderungsantrag der Fraktion Freie Wähler + Piraten**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, über die Auswirkungen der neuen Parkgebührenordnung zu berichten und die Möglichkeiten für eine moderate Anpassung der Parkgebühren **nach unten**, der Einführung eines gebührenfreien Kurzzeitparkens und eines unbürokratischen Handwerkerparkausweises zu überprüfen. Insbesondere wird darum gebeten, die Auswirkung einer Anpassung des gebührenpflichtigen Zeitraums zu überprüfen und in der ersten Sitzung nach der Sommerpause zu berichten.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei

Zustimmung: CDU, AfD, Freie Wähler + Piraten

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke

Enthaltung: FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der Fraktion Freie Wähler + Piraten zum geänderten Antrag der SPD-Fraktion betr. Überprüfung der Parkgebührenordnung, 101.18.41, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Zeidler

2. Überarbeitung der Parkgebührenordnung

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.18.51 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die Parkgebührenordnung der Stadt Kassel wird überarbeitet mit dem Ziel, die durch die letzte Neufassung hervorgerufenen Negativauswirkungen auf den innerstädtischen Einzelhandel zu beseitigen. Dazu sollen

1. die verschiedenen Ausweitungen der Parkgebührenzonen rückgängig gemacht werden, die zu teilweise drastischen Gebührenerhöhungen geführt haben (400 % an der Markthalle),
2. die Höhe der Parkgebühren in allen Parkzonen so abgesenkt werden, dass zukünftig keine über die im Schutzschirmvertrag vereinbarten 1,2 Mio. € hinausgehenden Einnahmen zu erwarten sind,
3. die gebührenpflichtigen Parkzeiten auf Mo.-Fr. 9-18 Uhr u. Sa. 9-16 Uhr reduziert und
4. zur Stärkung von Einzelhandelsgeschäften und Dienstleistern im Zentrum und in den Stadtteilzentren die Möglichkeit des kostenlosen Kurzzeitparkens bis 30 Minuten (sog. Brötchentaste) eingeführt sowie
5. für Handwerker und Dienstleistungsbetriebe ein Jahresparkausweis zu einer Gebühr analog der Anwohnerparkausweise eingeführt werden, der auf Antrag erteilt wird und die Parkscheinblöcke, die über die Kreishandwerkerschaft bezogen werden können, ersetzt.

Im Rahmen der Diskussion machen Stadtverordneter Nölke, FDP-Fraktion, und Stadtverordneter Dreyer, AfD-Fraktion, Änderungsvorschläge, die von Stadtverordnetem Kalb übernommen werden. Des Weiteren beantragt Stadtverordneter Nölke die Punkte einzeln abzustimmen.

➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die Parkgebührenordnung der Stadt Kassel wird überarbeitet mit dem Ziel, die durch die letzte Neufassung hervorgerufenen Negativauswirkungen auf den innerstädtischen Einzelhandel zu beseitigen. Dazu sollen

1. die verschiedenen Ausweitungen der Parkgebührenzonen rückgängig gemacht werden, die zu teilweise drastischen Gebührenerhöhungen geführt haben (400 % an der Markthalle),
2. die Höhe der Parkgebühren in allen Parkzonen so abgesenkt werden, dass zukünftig keine über die im Schutzschirmvertrag vereinbarten 1,2 Mio. € hinausgehenden Einnahmen zu erwarten sind,
3. die gebührenpflichtigen Parkzeiten auf Mo.-Fr. 9-18 Uhr u. Sa. 9-16 Uhr reduziert und
4. zur Stärkung von Einzelhandelsgeschäften und Dienstleistern im Zentrum und in den Stadtteilzentren die Möglichkeit des kostenlosen Kurzzeitparkens bis 30 Minuten (sog. Brötchentaste) eingeführt sowie
5. für Handwerker und Dienstleistungsbetriebe **ein unbürokratischer Jahresparkausweis nach entsprechender Prüfung zur Missbrauchsvermeidung** zu einer Gebühr analog der Anwohnerparkausweise eingeführt werden, der auf Antrag erteilt wird

und die Parkscheinblöcke, die über die Kreishandwerkerschaft bezogen werden können, ersetzt.

Der geänderte Antrag wird punktweise zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei

Zustimmung: CDU, AfD, Freie Wähler + Piraten

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke

Enthaltung: FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Absatz 1 und Punkt 1 des geänderten Antrages der CDU-Fraktion betr. Überarbeitung der Parkgebührenordnung, 101.18.51, wird **abgelehnt**.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei

Zustimmung: CDU, Freie Wähler + Piraten

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke

Enthaltung: AfD, FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Punkt 2 des geänderten Antrages der CDU-Fraktion betr. Überarbeitung der Parkgebührenordnung, 101.18.51, wird **abgelehnt**.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei

Zustimmung: CDU, Freie Wähler + Piraten

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke

Enthaltung: AfD, FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Punkt 3 des geänderten Antrages der CDU-Fraktion betr. Überarbeitung der Parkgebührenordnung, 101.18.51, wird **abgelehnt**.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei

8 von 17

Zustimmung: CDU, AfD, FDP, Freie Wähler + Piraten

Ablehnung: SDP, B90/Grüne, Kasseler Linke

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Punkt 4 des geänderten Antrages der CDU-Fraktion betr. Überarbeitung der Parkgebührenordnung, 101.18.51, wird **abgelehnt**.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei

Zustimmung: CDU, AfD, FDP, Freie Wähler + Piraten

Ablehnung: SDP, B90/Grüne

Enthaltung: Kasseler Linke

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Punkt 5 des geänderten Antrages der CDU-Fraktion betr. Überarbeitung der Parkgebührenordnung, 101.18.51, wird **abgelehnt**.

Stadtverordneter Dreyer, AfD-Fraktion bringt folgenden Änderungsantrag ein:

➤ **Änderungsantrag der AfD-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der geänderte Antrag der CDU-Fraktion ist wie folgt zu ändern:

Zu 2. Bitte ergänzen:

Die Höhe der Parkgebühren beträgt:

Parkzone I Zentrum: 15 Min kostenlos (Brötchentaste)
sonst je 30 Min. € 0,50

Parkzone II : 15 Min. kostenlos (Brötchentaste)
sonst bis 2 Std. je 30 Min. € 0,20
anschließend je 60 Min. € 0,50

zu 3. die gebührenpflichtigen Parkzeiten auf Mo.-Sa. 9.00 -20.00 vereinheitlicht werden.

Zu 4.
(...) für maximal 20 Minuten (Brötchentaste) einzuführen.

Der Änderungsantrag wird punktweise zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei

Zustimmung: AfD

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP, Freie Wähler + Piraten

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Punkt 2 des Änderungsantrages der AfD-Fraktion zum geänderten Antrag der CDU-Fraktion betr. Überarbeitung der Parkgebührenordnung, 101.18.51, wird **abgelehnt**.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei

Zustimmung: AfD

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP, Freie Wähler + Piraten

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Punkt 3 des Änderungsantrages der AfD-Fraktion zum geänderten Antrag der CDU-Fraktion betr. Überarbeitung der Parkgebührenordnung, 101.18.51, wird **abgelehnt**.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei

Zustimmung: AfD

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP, Freie Wähler + Piraten

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Punkt 4 des Änderungsantrages der AfD-Fraktion zum geänderten Antrag der CDU-Fraktion betr. Überarbeitung der Parkgebührenordnung, 101.18.51, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Kieselbach

3. Lärmschutzwall A44 bei Nordshausen

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.18.52 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Worauf sind die Risse und Erdbewegungen beim Lärmschutzwall an der A44 zurückzuführen?
2. Wie groß ist der Umfang der Schäden, die bislang festgestellt worden sind?
3. Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um weitere Schäden zu vermeiden?
4. Wann wird der verhängte Baustopp aufgehoben?
5. Welches Material wird am Lärmschutzwall aufgeschüttet und woher stammt es?
6. Welche Auswirkungen hat der Baustopp auf die weitere Entsorgung dieses Materials?

Stadtbaurat Nolda führt kurz in die Thematik ein und übergibt das Wort an Herrn Harald Jordan, KASSELWASSER, der anhand einer Power-Point-Präsentation die Anfrage beantwortet.

Im Anschluss beantworten Stadtbaurat Nolda und Herr Jordan die Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Nach Beantwortung durch Stadtbaurat Nolda und Herrn Jordan, KASSELWASSER, erklärt Vorsitzender Kalb die Anfrage für erledigt.

4. Wohnbauland

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.18.53 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. In welchen Bereichen entwickelt bzw. plant der Magistrat die Entwicklung von Wohnbauland?
2. Welche diesbezüglichen kurz-, mittel- und langfristigen Entwicklungsvorschläge gibt es?
3. Was unternimmt der Magistrat in Bezug auf die steigende Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum in Kassel?

Stadtbaurat Nolda beantwortet die Anfrage sowie die Nachfragen der Ausschussmitglieder. Die schriftliche Antwort als Anlage zur Niederschrift wird von Stadtbaurat Nolda zugesagt.

Nach Beantwortung durch Stadtbaurat Nolda erklärt Vorsitzender Kalb die Anfrage für erledigt.

5. Entwicklungsplan Wohnen

Antrag der SPD-Fraktion

- 101.18.80 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, den Entwicklungsplan Wohnen durch den Fachbereich Architektur-Stadtplanung-Landschaftsplanung der Universität Kassel im Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr vorstellen zu lassen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der SPD-Fraktion betr. Entwicklungsplan Wohnen, 101.18.80, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Koch

6. Verkehrsfluss besser gestalten

Antrag der FDP-Fraktion
- 101.18.97 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, zu prüfen

1. An welchen Ampelkreuzungen zusätzliche grüne Rechtsabbiegepefeile installiert werden können und wie hoch die Kosten für die Installation an den in Frage kommenden Ampeln sind.
2. Wie hoch die Kosten für die Installation von sog. Countdown-Ampeln, die sowohl Fußgängern als auch dem Individualverkehr die Wartezeit bis zur nächsten Grünphase in Sekunden anzeigen, im Innenstadtbereich (Innenstadtring) sowie auf den Hauptverkehrsstraßen sind.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der FDP-Fraktion betr. Verkehrsfluss besser gestalten, 101.18.97, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Bock

7. Bericht zum Mobilitätsmanagement

Antrag der Fraktion B90/Grüne

- 101.18.98 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses über den Stand der Umsetzung des im Februar 2011 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Mobilitätsmanagementsystems zu berichten.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der Fraktion B90/Grüne betr. Bericht zum Mobilitätsmanagement, 101.18.98, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dreyer

Vorsitzender Kalb ruft nun die Tagesordnungspunkte 8, 9 und 14 gemeinsam zur Beratung auf.

8. Planung Wilhelmshöher Allee - Stellplätze

Antrag der AfD-Fraktion

- 101.18.102 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt bei den Planungen zur Begrünung der Wilhelmshöher Allee folgendes zu berücksichtigen:

Da durch neue Bepflanzungsstellen für eine durchgehende Allee-Bepflanzung in der Wilhelmshöher Allee nach derzeitiger Planung 54 Stellplätze wegfallen, sollen Stellplätze an Stellen geschaffen werden, wo dies durch das geringfügige Versetzen von Oberleitungsmasten, die zur Sanierung ausgetauscht werden sollen, möglich ist.

Derzeit werden mehr als 30 Stellplätze durch nicht sachgerecht positionierte Oberleitungsmasten der Straßenbahn blockiert.

Stadtverordneter Dreyer, AfD-Fraktion, erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei

Zustimmung: AfD

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP, Freie Wähler + Piraten

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der AfD-Fraktion betr. Planung Wilhelmshöher Allee - Stellplätze, 101.18.102, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Nölke

9. Planung Wilhelmshöher Allee - Engstelle Rathenauplatz

Antrag der AfD-Fraktion

- 101.18.103 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt bei den Planungen zur Begrünung der Wilhelmshöher Allee folgendes zu berücksichtigen:

Mit einer Neugestaltung die hindernden Engstelle am Rathenauplatz (Kreuzung Königstor-Adolfstraße) zu beseitigen, durch die Verkehrsteilnehmer zum Spurwechsel gezwungen sind.

An dieser Stelle soll eine durchgehende Verkehrsführung mit Linksabbiege-Fahrfstreifen und Verlegung des Fußgängerüberwegs ca. 30 m nach Osten vor die Arzt-Notrufzentrale geschaffen werden.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei

Zustimmung: --

Ablehnung: einstimmig

Enthaltung: AfD

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der AfD-Fraktion betr. Planung Wilhelmshöher Allee - Engstelle Rathenauplatz, 101.18.103, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Hoppe

14. Planung Wilhelmshöher Allee - Stellplätze Rathenauplatz

Antrag der AfD-Fraktion

- 101.18.109 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt bei den Planungen zur Begrünung der Wilhelmshöher Allee folgendes zu berücksichtigen:

Eine Neugestaltung der Stellplätze am Rathenauplatz zum Schrägparken, siehe Plan unten und Bilder Seite 2.

Der vorhandene Bürgersteig von ca. 3m Breite wird kaum genutzt und ist deshalb in dieser Breite nicht erforderlich.

Die Eigentumsverhältnisse der vorhandenen Grünfläche müssten geklärt werden, evtl. wäre der für den neuen Bürgersteig benötigte Teil vom Hauseigentümer zu erwerben.

Die Parkplätze am Rathenauplatz sind aus der Gebührenzone II auszunehmen um für Park-and-Ride-Nutzer attraktiv zu sein.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei

Zustimmung: AfD

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP, Freie Wähler + Piraten

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der AfD-Fraktion betr. Planung Wilhelmshöher Allee - Stellplätze Rathenauplatz, 101.18.109, wird **abgelehnt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Hartmann

10. Unterneustadt - Hinweisschilder Waldauer Wiesen

Antrag der AfD-Fraktion
- 101.18.104 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

11. Unterneustadt - Zufahrt Lidl

Antrag der AfD-Fraktion
- 101.18.105 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

12. Fahrradsystem Konrad

Anfrage der AfD-Fraktion
- 101.18.106 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

13. Sitzbänke am Opernplatz

Anfrage der AfD-Fraktion
- 101.18.107 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

14. Planung Wilhelmshöher Allee - Stellplätze Rathenauplatz

Antrag der AfD-Fraktion

- 101.18.109 -

Der Antrag wurde gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 8 und 9 behandelt.

15. Steuerung der Lichtsignalanlage Loßbergstraße

Antrag der SPD-Fraktion

- 101.18.110 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

Ende der Sitzung: 19.00 Uhr

Dominique Kalb
Vorsitzender

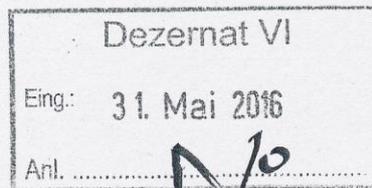
Andrea Herschelmann
Schriftführerin

I:\601\601_WoBau\Wohnungsbauförderung\STAVO\STAVO_Anfrage_CDU_29042016_Maßnahmen zur Verhinderung der Wohnungsnot.docx

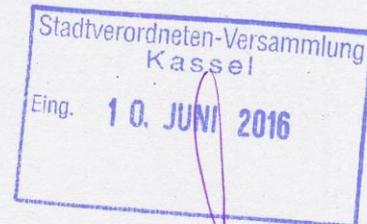
- 60 -

Kassel, 20.05.2016

Malz, Tel. 6114



- VI -



Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr am 8. Juni 2016
Anfrage der CDU-Fraktion „Wohnbauland“, Vorlage Nr.: 101.18.53

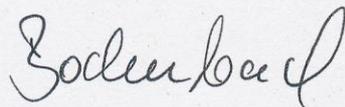
Frage Nr. 3

„Was unternimmt der Magistrat in Bezug auf die steigende Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum in Kassel?“

Über die Förderprogramme des Landes Hessen und der städtischen Beteiligung an der sozialen Wohnraumförderung wird die örtliche Presse vom Bauverwaltungsamt der Stadt Kassel regelmäßig informiert.

In einer gesonderten Informationsveranstaltung zur Wohnungsbauförderung wurde den ortsansässigen Wohnungsbaugesellschaften die Eckwerte der Förderprogramme detailliert vorgestellt.

In persönlichen Beratungsgesprächen mit potentiellen Investoren wird auf die Fördermöglichkeiten besonders hingewiesen und nach Konkretisierung und Feststellung der Förderfähigkeit und Realisierbarkeit der geplanten Baumaßnahme, die entsprechenden förmlichen Anmeldungen dem Hessischen Ministerium zugeleitet.



Bodenbach

Duplikat

Anlage zu TOP 4

- 63 -

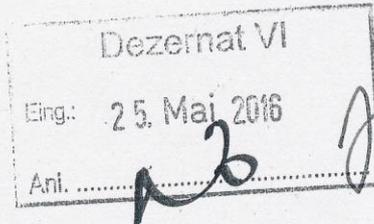
A850

Kassel, 23. Mai 2016

Herr Mohr

7056

- VI -



ASMV 1. Juni 2016
Anfrage der CDU-Fraktion
Vorlage-Nr. 101.18.53

„Wohnbauland“

Stellungnahme:

Zu 1. (Entwicklung von Wohnbauland)

Der Magistrat hat aktuell 16 Bebauungsplan-Verfahren zur Entwicklung von Wohnbauland im Verfahren, die zügig zur Umsetzung gebracht werden sollen. Die Standorte sind über das ganze Stadtgebiet verteilt und umfassen über 30 ha Fläche überwiegend in Innenlagen und auf Konversionsstandorten sowie in Randlagen. Die Projekt-Schwerpunkte der aktuellen Verfahren sind die Entwicklungsprojekte „Zum Feldlager“ in Harleshausen, „Ortsrand Nordshausen“, „Campus Wolfsanger“, „Jägerkaserne“ in Wehlheiden, „Martinibrauerei“ im Vorderen Westen und „Am Felsenkeller“ im Fasanenhof.

Die laufenden Verfahren bieten mit ihren unterschiedlichen Standorteigenschaften ein Potenzial für etwa 1.500 bis 1.700 Wohnungen für unterschiedliche Nachfrage- und Bedarfsgruppen vom Einfamilienhausbau bis zum Geschosswohnungsbau sowohl in freifinanzierter als auch in geförderter Form.

Zu 2. (kurz-, mittel- und langfristige Entwicklungsvorschläge)

Der Magistrat plant für die weitere kurz-, mittel- und langfristige Entwicklung die Fortsetzung seiner auf dezentrale Standortentwicklungen mit Angeboten für unterschiedliche Nachfrage- und Bedarfsgruppen ausgerichteten Entwicklungsstrategie.

Der Magistrat bereitet aktuell parallel zu den umfangreichen laufenden Bebauungsplänen weitere 10 Standorte mit etwa 20 ha Fläche für eine kurzfristige Wohnbaulandentwicklung vor. Diese Standorte bieten insgesamt ein Potenzial für weitere etwa 500 bis 900 Wohnungen. Am weitesten fortgeschritten ist hier die

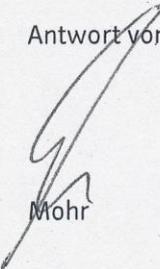
geplante Entwicklung des Standortes der Eichendorfschule in Bettenhausen, für die eine städtebauliche Planung in Vorbereitung ist.

Zusammen mit den laufenden Bebauungsplänen bearbeitet der Magistrat damit derzeit Wohnbauflächen für ein Potenzial von etwa 2.000 bis 2.600 Wohnungen und damit einer Bevölkerungsentwicklung von 6.000 bis 9.000 Personen.

Zusätzlich beobachtet der Magistrat fortlaufend Standorte, die je nach zukünftiger Bedarfsentwicklung für eine mittel- bis langfristige Wohnbaulandentwicklung in Frage kommen können. Hier beobachtet der Magistrat derzeit etwa 23 Flächen mit ca. 24 ha Fläche und einem Potenzial für 750 bis 1.400 Wohnungen, die für eine mittelfristige Entwicklung denkbar sind und weitere etwa 23 Flächen mit etwa 50 ha Fläche, die langfristig für weitere etwa 1.100 bis 2.600 Wohnungen in Frage kommen können. Damit hat der Magistrat insgesamt weitere etwa 46 Standorte mit einem Potenzial für 1.850 bis 4.000 Wohnungen im Blick. Ziel des Magistrats ist eine an der absehbaren tatsächlichen Bedarfsentwicklung orientierte Flächenentwicklung.

Zu 3. (steigende Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum)

Antwort von -60-



Mohr